

Was können Sie tun?

Nicht jedes neue landwirtschaftliche Stallgebäude ist eine agrarindustrielle Anlage. Fragen Sie nach.

Aber auch LandwirtInnen sollten beachten, dass eine Großanlage in der Region die Entwicklung aller Betriebe blockieren kann.

Wenn in Ihrer Nähe eine große Mastanlage geplant ist und Sie sich betroffen fühlen, haben Sie z.B. das Recht auf Information auf der Grundlage des Umweltinformationsgesetzes. Bundesweit besteht bereits ein Netzwerk aus Bürgerinitiativen, Bauernorganisationen, Umwelt- und Tierschutzverbänden. Dort können Sie weiterführendes Infomaterial und Hinweise bekommen. Siehe unter:
www.bauernhoeftestatt-agrarfabriken.de

„Im Verdrängungskampf der Mastkonzerne werden Bauern und Bäuerinnen die Verlierer sein. Darum kämpfen wir gegen die Entwicklung zu Agrarfabriken und Massentierhaltung. Sie ist weder gut für die Tiere noch für die Tierhalter“



Bernd Voß

Agrarpolitischer Sprecher
Bündnis 90/Die Grünen
Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

0431 | 988 1515
bernd.voss@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de



Eka von Kalben

Vorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen
Landesverband
Schleswig-Holstein

Wilhelminenstr. 18
24103 Kiel

0431 | 59338 - 0
eka.von.kalben@gruene.de
www.sh.gruene.de



Bauernhöfe statt Agrarindustrie

**Für eine flächengebundene
und artgerechte
Nutztierhaltung**



In Regionen mit viel Intensivtierhaltung werden betroffene BürgerInnen zunehmend ungehaltener.

Was bedeutet „Agrarindustrie?“

Mit dem Slogan „Bauernhöfe statt Agrarindustrie“ wenden wir uns nicht gegen landwirtschaftliche Nutztierhaltung generell. Im Gegenteil – die Bauern und Bäuerinnen sind oft zugleich Verursacher und Leidtragende einer Entwicklung, die scheinbar zwangsläufig zu immer größeren Einheiten bei der Tierproduktion führt.

Von industrieller Tierhaltung oder Agrarfabriken sprechen wir, wenn eine große Anzahl an Tieren unter nicht artgerechten und zum Teil qualvollen Bedingungen gehalten wird und das Futter größtenteils nicht vom tierhaltenden Betrieb stammt.

GRÜNE setzen auf Qualitätslandwirtschaft, die den Bedürfnissen von Tieren, Anwohnern, Verbrauchern und Landwirten gerecht wird.



Jan Pfeifer

Auf engem Raum zusammengepfercht und nur fünf Wochen Lebenszeit – das Schicksal von Masthühnchen in der industriellen Tierhaltung.

Rechtliche Grundlagen

Baurecht

Landwirtschaftliche Bauvorhaben sind nach dem Bundesbaugesetz privilegiert. Dies gilt auch für industrielle Mastanlagen ohne eigene Flächenbewirtschaftung. Im Bundestag hat sich die Grüne Fraktion für eine Änderung des Baurechts eingesetzt, ist aber am Widerstand von Schwarz-Gelb, SPD und Linken gescheitert.

Immissionsschutz

Tierproduktion in dieser Größenordnung ist in besonderer Weise mit Gewässerbelastung und Geruchsemissionen verbunden. Eine zunehmende Gefahr geht auch von Krankheitskeimen aus. Stallbauten ab einer bestimmten Größenordnung bedürfen daher einer Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (Mastschweine: 1500, Hühnchen: 30.000).

Tierschutz

Tierschutz ist Staatsziel im Grundgesetz. Das reicht offensichtlich nicht, solange die Tierschutzgesetzgebung noch immer Haltungsbedingungen zulässt, die Agrarfabriken möglich machen.

Verbraucherschutz

Wir wollen, dass VerbraucherInnen an einer einfachen Kennzeichnung erkennen, wie Fleisch und Milch erzeugt wurden. Dies ist heute noch nicht der Fall.



Ulrich Döring / Germanwatch

Die bäuerliche Erzeugung in vielen afrikanischen Ländern ist durch die EU-Exportpolitik gefährdet

Industrielle Tierhaltung konterkariert Entwicklungspolitik

Die Massentierhaltung bei uns konterkariert entwicklungspolitische Zielsetzungen in dreifacher Weise:

1. Die in der Tiermast eingesetzten Futtermittel werden in großen Mengen importiert. So erzeugen wir in Europa nur 30 % unseres Bedarfs an Eiweißfuttermittel. 50 Millionen Hektar beanspruchen wir für den Futtermittelbedarf weltweit zusätzlich. So entstehen auch in Entwicklungsländern großflächige Monokulturen für unsere Fleischerzeugung. Die heimische Nahrungsmittelerzeugung in den Exportländern wird zurückgedrängt.
2. Mit unserem hohen Fleischkonsum heizen wir u.a. durch Urwaldrodung den Klimawandel weiter an.
3. Dumping-Fleischexporte zerstören die Märkte in Entwicklungsländern.